AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 30 | DIENSTAG, DEN 15. APRIL | 2014

Inhalt:

	Seite
Anordnung zur Durchführung des Denkmalschutzgesetzes	773
Mandatsveränderungen in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen	773
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Festlegung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	774
Widmung der Wegefläche Rüschweg	774
Neuwahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses Altona	774
Widmung einer Wegefläche	775
Neuwahl des Jugendhilfeausschusses Bergedorf	775
Aufhebung einer Widmung	775
Sitzung der Vertreterversammlung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord	775
Friedhofssatzung für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme	775

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Durchführung des Denkmalschutzgesetzes

Vom 8. April 2014

I

(1) Zuständig für die Durchführung des Denkmalschutzgesetzes vom 5. April 2013 (HmbGVBl. S. 142) und der darauf gestützten Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung ist, soweit dort oder nachstehend nichts anderes bestimmt ist,

die Kulturbehörde.

(2) Zuständige Behörde nach §§ 9 und 11 für das bezirksbezogene Denkmalschutzensemble Frank'sche Siedlung ist

das Bezirksamt Hamburg-Nord.

(3) Zuständige Stelle für die Ausübung der Bodendenkmalpflege ist

die Stiftung „Helms-Museum – Hamburger Museum für Archäologie und die Geschichte Harburgs".

II

Fachbehörde nach §§ 42 und 44 bis 46 des Bezirksverwaltungsgesetzes vom 6. Juli 2006 (HmbGVBl. S. 404, 452), zuletzt geändert am 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 503, 522), in der jeweils geltenden Fassung ist

die Kulturbehörde.

III

Die Anordnung zur Durchführung des Denkmalschutzgesetzes vom 4. Februar 1975 (Amtl. Anz. S. 254) in der geltenden Fassung wird aufgehoben.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 8. April 2014.

Amtl. Anz. S. 773

Mandatsveränderungen in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen

Mitteilung Nummer 26 über Mandatswechsel in den 19. Bezirksversammlungen

Nach dem Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (BüWG) in der Fassung vom 22. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 223), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Februar 2013 (HmbGVBl. S. 48), anzuwenden nach dem Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen (BezVWG) in der Fassung vom 5. Juli 2004 (HmbGVBl. S. 313), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2014 (HmbGVBl. S. 502), und in Fortschreibung meiner Mitteilung im Amtlichen Anzeiger vom 7. März 2014 (S. 373 f.) gebe ich bekannt:

Mandatswechsel in der Bezirksversammlung Harburg

Herr Peter Sielaff (laufende Nummer 15 auf dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands [SPD] im Wahlkreis 17) hat sein erworbenes Mandat mit Wirkung zum 9. März 2014 niedergelegt.

An seiner Stelle wurde Herr Harald Muras (laufende Nummer 30 auf dem Wahlvorschlag der SPD im Wahlkreis 17) als nachfolgende noch nicht gewählte Person auf dem Wahlvorschlag der SPD im Wahlkreis 17 nach §§ 38 Absatz 1 BüWG, 1 BezVWG für gewählt erklärt.

Herr Harald Muras hat die Wahl am 12. März 2014 angenommen.

Hamburg, den 15. April 2014

Der Landeswahlleiter

Amtl. Anz. S. 773

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Festlegung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority (HPA) hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Planfeststellungsbehörde, die Änderung des mit Plangenehmigung vom 13. Januar 2012 zugelassenen Vorhabens „2. Landseitige Anbindung Burchardkai“ beantragt.

Dieses Änderungsvorhaben stellt eine Gewässerausbaumaßnahme nach Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) dar.

Nach der insoweit erforderlichen allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar (§ 3 a UVPG).

Hamburg, den 7. April 2014

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation als Planfeststellungsbehörde

Amtl. Anz. S. 774

Widmung der Wegefläche Rüschweg

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Finkenwerder-Nord, belegene Wegefläche Rüschweg, Verlängerung (Flurstücke 5560 und 5585 teilweise) mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, Raum 127, 129, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 4. April 2014

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 774

Neuwahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses Altona

hier: Vorschläge für die Wahl der stimmberechtigten Mitglieder, die auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe gewählt werden und/oder für beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss Altona

Im Zuge der Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 25. Mai 2014 ist auch die Wahl des Jugendhilfeausschusses Altona vorzubereiten.

Nach § 71 Absatz 1 Nummer 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummer 2 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des SGB VIII (AG SGB VIII) ist vorgeschrieben, dass zwei Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses auf Vorschlag der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der Vertretungskörperschaft, hier der Bezirksversammlung Altona, zu wählen sind. Vorschlagsberechtigt sind die im Bezirk Altona wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe. Vorschläge der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände sind entsprechend der Bedeutung ihrer Arbeit für die Jugendhilfe im Bezirk angemessen zu berücksichtigen.

Nach § 3 Absatz 2 Nummern 7, 8 und 10 AG SGB VIII sind als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss

- eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau,
- eine in der Jugendhilfe erfahrene Person, die die Erfahrungen und Interessen der ausländischen Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien einbringt, und
- eine in der Jungenarbeit erfahrene Person

von der Bezirksversammlung zu wählen. Vorschlagsberechtigt sind die im Bezirk Altona wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe und das Bezirksamt (§ 6 Absatz 1 Satz 3 AG SGB VIII, für die in der Jungenarbeit erfahrene Person gilt § 6 Absatz 1 Satz 3 AG SGB VIII analog).

§ 5 AG SGB VIII legt fest, dass bei der Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses Frauen und Männer zu gleichen Teilen berücksichtigt werden sollen. Die freien Träger der Jugendhilfe sollen – sofern sie mehr als eine Person vorschlagen – zur Hälfte Frauen vorschlagen.

Vorschläge sind schriftlich und von einer zeichnungsberechtigten Person unterschrieben bis zum 27. Mai 2014 bei der Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Altona, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg, einzureichen. Es ist dabei jeweils eindeutig kenntlich zu machen, ob ein stimmberechtigtes oder ein beratendes Mitglied nach § 3 Absatz 2 Nummer 7, Nummer 8 bzw. Nummer 10 AG SGB VIII vorgeschlagen wird.

In dem Vorschlag sind neben dem Namen auch die Anschrift, das Geburtsdatum und die Rufnummer der Person, die für den Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen wird, anzugeben. Da eine der Voraussetzungen für die Wählbarkeit das Wohnen oder die Tätigkeit im Bereich der (Kinder- und) Jugendhilfe im Bezirk Altona ist (§ 3 Absatz 1 Nummer 2 bzw. § 6 Absatz 2 AG SGB VIII, für die in der Jungenarbeit erfahrene Person § 6 Absatz 2 AG SGB VIII analog), wird um Angaben über das Tätigkeitsfeld gebeten, wenn die vorgeschlagene Person nicht im Bezirk Altona wohnt. Die Vorschläge für die beratenden Mitglieder (in der Mädchenarbeit erfahrene Frau sowie in der „ausländischen“ Jugendhilfe bzw. in der Jungenarbeit erfahrene Personen) sollten darüber hinaus Angaben enthalten, die Auskunft über die besondere Qualifikation des Kandidaten/der Kandidatin geben. Diese Angaben werden der Bezirksversammlung Altona zur Entscheidungsfindung vorgelegt.

Gemäß § 7 Satz 3 AG SGB VIII kann die Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses vorsehen, dass für jedes stimmberechtigte Mitglied ein stellvertretendes Mitglied zu wählen ist. Vorsorglich wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Vorschläge für die stimmberechtigten Mitglieder gleichzeitig auch für die Wahl von deren Vertretern gelten können und dass sich die Bezirksversammlung Altona für die kommende Wahlperiode vorbehalten kann, bei einer notwendigen Neuwahl eines stimmberechtigten oder beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss auf die Vorschlagsliste dieser Ausschreibung zurückzugreifen.

Für Rückfragen:
Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Altona,
Telefon: 040/4 28 11 - 20 43/ - 20 29 oder
E-Mail: Bezirksversammlung@altona.hamburg.de.

Hamburg, den 7. April 2014

Das Bezirksamt Altona
– Geschäftsstelle der Bezirksversammlung –

Amtl. Anz. S. 774

Widmung einer Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Hummelsbüttel, Ortsteil 520, belegene Wegefläche Alsterweg (Flurstück 280 teilweise), vom Hummelsbütteler Weg abzweigend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierte Fläche), der Bestandteil der Widmung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 2. April 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 775

Neuwahl des Jugendhilfeausschusses Bergedorf

Am 25. Mai 2014 werden Europäisches Parlament und Bezirksversammlung neu gewählt. Mit dem Ende der Legislaturperiode der Bezirksversammlung Bergedorf endet auch die Amtsdauer des Bergedorfer Jugendhilfeausschusses.

Nach § 3 Absatz 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) in Verbindung mit § 71 Absatz 1 AG SGB VIII gehören dem Jugendhilfeausschuss zu drei Fünfteln Mitglieder der Bezirksversammlung oder von ihr gewählte, im Bezirk wohnende und in der Jugendhilfe erfahrene Männer und Frauen an und zu zwei Fünfteln Frauen und Männer, die auf Vorschlag der in Bergedorf tätigen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe gewählt werden.

Dabei sind Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände und Vereine/Initiativen entsprechend der Bedeutung ihrer Arbeit für die Jugendhilfe im Bezirk angemessen zu berücksichtigen.

Vorschlagsberechtigt sind alle im Bezirk wirkenden Träger der freien Jugendhilfe, sowie Selbsthilfegruppen, örtliche Initiativen und Organisationen, die keine klassischen Träger sind.

Wenn Sie von Ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch machen wollen, muss Ihre Mitteilung spätestens am 30. April 2014 beim Bezirksamt Bergedorf, Interner Service IS 1, Wentorfer Straße 38, 21029 Hamburg, eingegangen sein.

Sollten Sie mehr als einen Vertreter vorschlagen, sind Frauen zur Hälfte zu berücksichtigen.

Die Vorschläge müssen Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Berufsbezeichnung, Rufnummer sowie die Vereins- oder Verbandstätigkeit enthalten. Beachten Sie bitte, dass die von Ihnen Vorgeschlagenen entweder im Bezirk wohnen oder in der Jugendhilfe des Bezirks tätig sein müssen. Weiterhin wird um Mitteilung gebeten, für welche Kategorie (Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände und Vereine/Initiativen) die Person von Ihrer Einrichtung vorgeschlagen wird.

Hamburg, den 4. April 2014

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 775

Aufhebung einer Widmung

Die Widmung der Habermannstraße im Bezirk Bergedorf vom 1. Juli 2009, veröffentlicht im Amtl. Anz. vom 21. Juli 2009 S. 1371, wird hiermit aufgehoben. Der Widmung für das gesamte Flurstück 4665 (Gemarkung Lohbrügge) bedurfte es nicht, da bereits Widmungen zu früheren Zeitpunkten für den Straßenverlauf erfolgt sind.

Hamburg, den 9. April 2014

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 775

Sitzung der Vertreterversammlung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord

Die nächste Sitzung der Vertreterversammlung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord findet Donnerstag, den 8. Mai 2014, 14.00 Uhr, in Kiel statt. Sitzungsort ist die Hauptverwaltung der Provinzial Versicherung, Sophienblatt 33, Sitzungsraum 4. OG, 24114 Kiel. Die Beratungspunkte der Tagesordnung können in den Geschäftsräumen der Kasse, Berliner Tor 49, 20099 Hamburg, eingesehen werden.

Die Sitzung der Vertreterversammlung ist gemäß § 63 Absatz 3 SGB IV öffentlich.

Schwerin, den 4. April 2014

Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord
– Der Vorsitzende der Vertreterversammlung –
gez. Berner

Amtl. Anz. S. 775

Friedhofssatzung für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme

Der Kirchengemeinderat der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme hat am 17. Dezember 2013 eine neue Friedhofssatzung beschlossen. Diese wurde durch den Kirchenkreisrat des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost am 19. Dezember 2013 kirchenaufsichtlich genehmigt. Die Satzung ist im Internet unter der Adresse: www.kirche-neuengamme.de dauerhaft zur Einsichtnahme bereitgestellt worden. Ferner kann die Satzung während der Öffnungszeiten im Büro der Friedhofsverwaltung, Feldstegel 18, 21039 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 1. April 2014

Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme
Der Kirchengemeinderat

Amtl. Anz. S. 775

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

a) HAW Hamburg
Servicebereich Facility Management
Berliner Tor 5, 20099 Hamburg
Telefon: 040 / 4 28 75 - 91 03
(montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr)
Telefax: 040 / 4 28 75 - 90 69
E-Mail: madlen.steinert@hv.haw-hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Hamburg, Berliner Tor 7 a

f) Vergabenummer: **ÖA-HAW 099/14**

Bauvorhaben: Umbau BT-7 zum Akustiklabor

Wesentliche Leistungen:

Errichtung von Raumlufttechnischen Anlagen, Kälteanlagen und MSR-Technik.

MSR Siemens S7	ca. 200 DP
Kälteanlagen	ca. 25 KW
Raumlufttechnik	ca. 4000 m³/h

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: 5. Juni 2014
Ende: 28. November 2014

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

Vom 11. April 2014 bis 29. April 2014, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.419,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 27 31 - 05 27

l) Höhe des Kostenbeitrages: 20,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung,
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 30. April 2014, 10.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 30. April 2014 um 10.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. Mai 2014.

w) Beschwerdestelle:
HAW Hamburg
FR-Ger
Berliner Tor 5, 20099 Hamburg
Telefax: 040 / 4 28 75 - 90 39

Hamburg, den 8. April 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 295

Öffentliche Ausschreibung

a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 23 - 62 86,
Telefax: 040 / 4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Grundschule Anna-Susanna-Stieg,
Anna-Susanna-Stieg 3, Hamburg

f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 20/14 AS**

Neubau im Rahmen des GBS Kantinenprogrammes sowie Umbau und Sanierung Fachklassentrakt

Zu erbringende Leistungen:

LOS 1: Fassadenarbeiten

- hinterlüftete Fassadenbekleidung
- 300 m² Außenwandbekleidung mit Furnierschichtholzplatte, Mineralwolldämmung, Holz-Unterkonstruktion
- Standsicherheitsnachweis
- 80 m Gesimsabdeckung
- 40 m² Außenwandbekleidung aus hinterlüfteten vorgehängten Faserzementtafeln, Alu-Unterkonstruktion, Mineralwolldämmung
- 50 Stunden zum Nachweis

LOS 2: Rohbauarbeiten

Neubau:

Baustelleneinrichtung
Gerüstbauarbeiten

– 1.170 m² Standgerüst Gr. 3

Erdarbeiten

– 430 m² Boden lösen
– 300 m² Planum, Geotextil
– 100 m³ Aushub

Entwässerungskanalarbeiten

– 150 m Abwasserleitungen KG 100
– 5 Stück Entwässerungsschächte

Beton- u. Stahlbetonarbeiten

– 240 m² Ortbeton-Sohlplatte, + Aussparungen, Betonschürze, Unterzüge, Stützen
– 225 m² Elementdeckenplatten Fertigteil d = 16 cm

Mauerarbeiten
Innenputzarbeiten

– 870 m² Kalk-Zement-Innenwand-Putz

Stundenlohnarbeiten

– 40 Stunden zum Nachweis

Altbau:

Abbrucharbeiten
Mauerarbeiten
Beton- u. Stahlbetonarbeiten
Stahlbauarbeiten

Stundenlohnarbeiten

– 80 Std. zum Nachweis

Außenanlagen:
Abbrucharbeiten

Technik in Außenanlagen

– z. B. Fettabscheider

g) GBS-Kantinenprogramm, Neubau sowie Umbau und Sanierung des Fachklassentraktes.

h) LOS 1: Fassadenarbeiten
LOS 2: Rohbauarbeiten

Angebote sind für einzelne Lose abzugeben.

i) Baubeginn: Juli 2014

Bauende: September 2014

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 8. April 2014 bis 28. April 2014, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,– Euro pro Los.

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
IBAN DE 252 00000000020101529,
BIC MARKDEF1200,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 20/14 AS

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten Sie, dass der Betrag von 10,– Euro pro Los fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Los und die Vergabenummer angeben.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 29. April 2014, Los 1: 10.10 Uhr, Los 2: 10.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 29. April 2014, Los 1 um 10.10 Uhr, Los 2 um 10.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 28. Mai 2014.

w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 7. April 2014

Die Finanzbehörde 296

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber

Umbau-, Erweiterung- und Sanierungsmaßnahmen am Standort Sachsenweg 74/76 – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

Am Standort Sachsenweg 74/76 sind das Gymnasium Ohmoor, die Stadtteilschule Niendorf (Oberstufe) sowie die Grundschule Sachsenweg, z.T. in mehreren Gebäuden, beheimatet. Die BSB beauftragte Schulbau Hamburg mit Umbau-, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen für alle drei Schulen. Im Rahmen dieser Ausschreibung sollen folgende Planungsleistungen erbracht und realisiert werden:

1. Gymnasium Ohmoor
Das Gymnasium hat Erweiterungsbedarf für den allgemeinen Unterricht, Ganztags- und Gemeinschaftsflächen. Diese 357 m² HNF sollen in einer Aufstockung des Oberstufenhauses realisiert werden. Zusätzlich erhält das Hauptgebäude in Form eines Doppel-H eine Erweiterung von 160 m² HNF für Differenzierungs- undGemeinschaftsflächen, z.B. als Einschub. Das Hauptgebäude des Gymnasiums soll zusätzlich auf derGesamtfläche von 2.195 m² HNF saniert werden.

2. Grundschule Sachsenweg
Die Grundschule am Standort Sachsenweg wird auf einer Fläche von 132 m² HNF umgebaut. Der ehemalige Pädagogische Mittagstisch wird umgenutzt zu Sachkunde- und Differenzierungsfläche. Zusätzlich gibt es für die Grundschule einen Erweiterungsbedarf von 216 m² HNF für 2 Vorschulklassen und einen Musikraum.

3. Stadtteilschule Niendorf
Die Stadtteilschule Niendorf ist am Standort Sachsenweg mit der Oberstufe für die Jahrgänge 10-13 untergebracht. Das bestehende Gebäude in Form eines weiteren Doppel-H erhält eine Erweiterung von 160 m² für Lehrerarbeitsplätze, z.B. als Einschub.

4. Gemeinsamer Mensa-Neubau
Nach Abriss des bestehenden Mittagstisch-Pavillon des Gymnasiums entsteht auf dem Grundstück eine Freifläche für die Errichtung einer gemeinsamen Mensa für alle drei Schulen. Hierfür ist ein Lösungsvorschlag zu entwickeln. Auf 400 m² HNF sollen eine neue Esseneinnahmefläche sowie eine Aufwärmküche entstehen. Zusätzlich sollen in diesem Gebäude 400 m² Gemeinschaftsflächen errichtet werden. Es ist beabsichtigt, ebenfalls die unter Punkt 2. genannten Erweiterungsflächen von 216 m² in diesen Neubau zu integrieren. Neben der Vielzahl an einzelnen Baumaßnahmen liegt die Besonderheit dieses Standorts in der Abstimmung mit drei verschiedenen Schulen als Nutzer. Die Baumaßnahmen finden bei laufendem Schulbetrieb statt und fordern so eine besondere Logistik in Planung und Bau. Eine Umsetzung in mehreren Bauabschnitten erscheint vorteilhaft. Weitere auf dem Grundstück befindliche Gebäude und Sporthallen bleiben von diesen Umbaumaßnahmen unberührt.

Für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme ist ein Budget von ca. 10 Mio. Euro brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 vorgesehen. Die Fertigstellung ist für 2017 vorgesehen. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten. Das Bauvorhaben wird durch den Projektsteuerer Drees & Sommer Projektmanagement und bautechnische Beratung GmbH, Frau Melanie Vogt, in seiner Funktion als bevollmächtigter

Bauherrenvertreter gesteuert. Vor diesem Hintergrund wird dieser die Vergabestelle auch im Rahmen dieses VOF-Verfahrens fachinhaltlich unterstützen und beraten.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

– Leistungsphasen 1 bis 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI;
– Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf rund 330.000,– Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 330.000,– Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

– Leistungsphasen 3 bis 9 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 42 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,– Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,– Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiterenVerfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

Spezifisches Anschreiben (formlos)

Ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle

Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie)

Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck)

Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck)

Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck)

Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck)

Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)

Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck)

Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck)

Anlage 1I: Eigenerklärung über geleistete Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck), die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert

Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1

Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung aller Büroinhaber und der für die Leistung vorgesehenen Personen (Anlage: 3A-1) (in Kopie)

Anlage 3B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 330.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: geforderter Mindeststandard: Ingenieur/in für die Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS), Ingenieur/in für die Leistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT).

(B) Nachweis der erbrachten Leistungen für 2 Projekte für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1.1.2009) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 400 gem. DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche für Referenzen gem. § 55 HOAI (BGFa gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen. Die vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit ver-

gleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern und mit Sanierungsmaßnahmen nachzuweisen.

(C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Geforderter Mindeststandard: 2 Ingenieur/innen für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS) und 2 Ingenieur/innen für die Leistungen gem. § 55 HOAI (ELT). Bietergemeinschaften können diese Anforderunggemeinsam erfüllen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für den Leistungsbereich gem. § 55 HOAI HLS und ELT gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt könnenmit den Referenzen zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogenmit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	15 %
3. Umwelteigenschaften	15 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	10 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOF 012/2014

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 6. Mai 2014, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 7. Mai 2014, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 23. Kalenderwoche 2014, Einreichung der Honorarangebote in der 26. Kalenderwoche 2014, Verhandlungsgespräche in der 27. Kalenderwoche 2014.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

3. April 2014

Hamburg, den 3. April 2014

Die Finanzbehörde 297

Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Zentrale Vergabestelle – V242 –, schreibt die **Lieferung von Buchhaut, Cutter, Kantenband, Kleber, Scheren, Wandtafelzubehör und Zirkel** unter der Projektnummer **2014000042** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Abforderungsfrist für Vergabeunterlagen: 6. Mai 2014

Ende der Angebotsfrist: 13. Mai 2014, 10.00 Uhr

Ausführungsfrist: 1. Juni 2014 bis 31. Mai 2015

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und die Angebote elektronisch einreichen. Die Ausschreibungsunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2014000042 per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abgefordert werden.

Hamburg, den 7. April 2014

Die Behörde für Schule und Berufsbildung 298

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Empfangs- und Wachdienste im Bürogebäude der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)** unter der Projektnummer **2014000023** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 5. Mai 2014, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 30. Juni 2014

Ausführungsfrist: 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2017

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei. Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,– Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg, Kontonummer: 391 336 206, BLZ: 200 100 20, IBAN: DE02 2001 0020 0391 3362 06, BIC: PBNKDEFF, unter Angabe der Projektnummer 2014000023 und Ihrer Anschrift angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 7. April 2014

Die Finanzbehörde 299

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

European X-Ray Free-Electron
Laser Facility GmbH

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Herrn Priemer
Telefon: +49/40/8998-5664
Telefax: +49/40/8998-4009
E-Mail: hochbau@xfel.eu

Internet-Adresse(n)
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
http://www.xfel.eu

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Forschung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

XEN 001-14 – Experimentierhütten SASE1 des XFEL.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Bauauftrag

Planung und Ausführung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Holzkoppel 4, 22869 Schenefeld

NUTS-Code: DEF09

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS): –

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Planung, Herstellung, Lieferung und Montage von Experimentierhütten für den XFEL Röntgenlaser der European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH auf der Experimentierfläche SASE1.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)

Hauptgegenstand: 45214620

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der Auftrag umfasst die Ausführungsplanung, Herstellung, Lieferung und Montage von Experimentier-, Laser-, Kontroll- und Rackhütten sowie diverse Stahlbauarbeiten. Die Experimentierhütten sind als Strahlenschutzhütten mit Bleiabschirmung auszuführen. Die Laserhütten bestehen aus einer Konstruktion aus MW-Wänden mit Stb.-Decke; die Kontroll- und Rackhütten aus einer Stahlkonstruktion mit raumabschließender Bekleidung. Es sind 3 Strahlenschutzhütten, 4 Laserhütten, 4 Kontrollhütten und 2 Rackhütten vorgesehen, sowie diverse Stahlbauarbeiten (Treppen, Bühnen, Geländer, Massefundamente für Klimageräte).

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 10 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Versicherungen in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Der Nachweis ist mit der Bewerbung einzureichen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit dem Teilnahmeantrag muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erkärung vorliegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Von den Bewerbern (auch den Mitgliedern einer Bietergemeinschaft bzw. Nachunternehmern) ist eine Vertraulichkeitserklärung (nondisclosure agreement) zu unterzeichnen. Die Vertraulichkeitserklärung ist bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle abzufordern. Teilnahmeanträge ohne unterzeichnete Vertraulichkeitserklärung werden vom Verfahren ausgeschlossen.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung, VHB-Bund-Ausgabe 2008, Stand August 2012). Die Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 mit den vorgesehenen Angaben und Referenzen sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Nachweis der zuständigen Versicherungsträger (nur für ausländischeBieter). Für alle Beteiligten von Bietergemeinschaften und für Subunternehmer sind ebenfalls die vorgenannten Angaben einzureichen. Das Formblatt 124 kann bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle abgefordert werden. Teilnahmeanträge, die die geforderten Angaben, Erklärungen oder Nachweise (auch Versicherungsnachweise) nicht enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Wichtung 20 %:

Gemittelter Teilumsatz der letzten 3 Jahre aus dem Bau von Strahlenschutzhütten mit Bleiabschirmung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Wichtung 80 %:

1. Vorlage von Referenzen/Nachweisen für die Ausführungsplanung vergleichbarer Leistungen (Bau von Strahlenschutzhütten mit Stahl-Blei-Stahl-Verbundelementen in der Bauweise des ESRF) in den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren, Gewichtung 35 %.
2. Vorlage von Referenzen/Nachweisen für die Herstellung und Aufbau vergleichbarer Leistungen (Bau von Strahlenschutzhütten mit Stahl-Blei-Stahl-Verbundelementen in der Bauweise des ESRF) in den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren mit Angabe des Eigenleistungsanteils bei benannten Referenzobjekten, Gewichtung 40 %.
3. Vorlage von Referenzen/Nachweisen über den einwandfreien Strahlenschutz der Verbundplatten und der einwandfreien Eigenschaften der Verklebung nach mindestens zwei Jahren Strahlbetrieb bei abgeschlossenen Projekten, die mit Stahl-Blei-Stahl-Verbundelementen gleicher Bauart durchgeführt wurden, Gewichtung 20 %.
4. Beschreibung der Qualifikation des für die Leitung und Aufsicht vorgesehenen Personals, Gewichtung 5 %.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Nichtoffen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 5

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: XEN 001-14

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 28. April 2014, 12.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 8. Mai 2014, 12.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
Telefon: +49/228 94 99 - 0
Telefax: +49/228 94 99 - 163
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

9. April 2014

Hamburg, den 9. April 2014

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH

300

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2015-14

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 47 90, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) **Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) **Elektronische Auftragsvergabe:**

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) **Art des Auftrags:**

Einheitspreisvertrag

e) **Ort der Ausführung:**

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.

f) **Art und Umfang der Leistung:**

Lieferung, Montage und Unterhalt von bauherrenseitigen Teilen der Baustelleneinrichtung für die Errichtung des Zentrums für Strukturelle Systembiologie (Centre for Structural Systems Biology, CSSB) auf dem Betriebsgelände des Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.

Das Gebäude wird als Stahlbetonkonstruktion, bestehend aus einem Untergeschoss und vier Obergeschossen mit vorgestellter Fassadenkonstruktion errichtet. Auf einer Bruttogeschossfläche von rd. 13.800 m² werden hauptsächlich Labor- und Büroflächen realisiert.

Zum ausgeschriebenen Leistungsumfang gehören unter anderem:

- Herstellung von temporären Lagerflächen und Baustraßen, z.T. mit Asphaltdecke,
- Aufbau und Vorhaltung von Bauzäunen,
- Aufbau und Vorhaltung einer mehrteiligen Containeranlage für die Objektüberwachung einschließlich Sanitärcontainern für gewerbliche Auftragnehmer,
- Büromöbel und technische Infrastruktur für oben genannte Containeranlage,
- Bauschließanlage,
- Baustellenreinigungen und Bauschuttentsorgung,
- Baubeleuchtung und Baustromunterverteilungen,
- Bauwasserversorgung

g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt

h) **Losweise Vergabe:** Entfällt

i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**

Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Tagen nach Aufforderung. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) in der im Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2015-14:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 47 90, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 7. Mai 2014 an die unter Buchstabe k) aufgeführte

Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 8. Mai 2014 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Mittwoch, den 14. Mai 2014 um 10.00 Uhr
im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss,
DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2015-14
Angebotstermin: 14. Mai 2014, Uhrzeit: 10.00 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Mittwoch, den 14. Mai 2014 um 10.00 Uhr
im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss,
DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

– Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v. H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
– Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,– Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 17. Juni 2014

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 9. April 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 301

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2019-14

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) **Elektronische Auftragsvergabe:**

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) **Art des Auftrags:**

Einheitspreisvertrag

e) **Ort der Ausführung:**

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.

f) **Art und Umfang der Leistung:**

Der vorhandene PETRA-III Ringbeschleuniger wird um zwei neue Experimentierhallen erweitert. Im Zuge dieser Erweiterungen werden in den Bestandsgebäuden Gebäude 46 b und 48 auf dem DESY-Betriebsgelände in Hamburg neue lufttechnische Anlagen benötigt.

Diese Ausschreibung umfasst die Lieferung und Errichtung von insgesamt drei lufttechnischen Anlagen in den Gebäuden 46 b und 48:

– eine Lüftungsanlage (Luftmenge 6.000 m^3/h) zur Klimatisierung eines elektrischen Betriebsraumes.
– zwei Lüftungsanlagen mit integrierten Adsorptionstrocknern (Luftmenge je 5.200 m^3/h) zur Klimatisierung des Beschleunigertunnels mit besonderen Anforderungen an die Temperaturkonstanz (+/- 0,1 K) und Feuchte ($x < 1{,}4$ g/kg) der Zuluft.
– Lüftungs-Kanalsystem für vorstehende Anlagen aus insgesamt ca. 210 m^2 verzinktem Kanal und ca. 120 m verzinktem Wickelfalzrohr (bis DN 800) einschließlich ca. 75 m^2 Kanalisolierung aus synthetischem Kautschuk.

g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt

h) **Losweise Vergabe:** Entfällt

i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**

Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Tagen nach Aufforderung. Die Leistung ist zu vollenden

(abnahmereif fertig zu stellen) in der 41. Kalenderwoche 2014, spätestens am letzten Werktag dieser Kalenderwoche.

j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2019-14:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 2. Mai 2014 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 2. Mai 2014 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Donnerstag, den 8. Mai 2014 um 13.30 Uhr
im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss,
DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2019-14
Angebotstermin: 8. Mai 2014, Uhrzeit: 13.30 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Donnerstag, den 8. Mai 2014 um 13.30 Uhr
im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss,
DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

– Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v. H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

– Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,– Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 7. Juni 2014

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 9. April 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 302

Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 22/14

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 3220 m Leitungen, hauptsächlich im Spülbohrverfahren, in den Straßen Alter Zollweg u.a. in Hamburg-Rahlstedt und zwar

355 m DN 50 PE-HD
1030 m DN 80 PE-HD
5 m DN 80 GGG Zm PE
1230 m DN 100 PE-HD
15 m DN 100 GGG Zm PE
75 m DN 150 GGG Zm PE

sowie 505 m DN 25-50 Cu bzw. PE
5 m DN 80 GGG Zm PE

Anschlussleitungen

Geplanter Ausführungsbeginn: 30. Juni 2014

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge und pe; DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 302, Gruppe GN 2 oder entsprechende Referenzen für das Spülbohrverfahren.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 11. April 2014 bis zum 5. Mai 2014 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,– Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040 / 78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 8. Mai 2014 um 9.00 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.003.

Hamburg, den 7. April 2014

Hamburger Wasserwerke GmbH 303

Öffentliche Ausschreibung der Hamburger Wasserwerke GmbH

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 23/14

Wesentliche Leistungen:

Austausch von ca. 110 bleiverdächtigen Hausanschlüssen im Rohrnetzbezirk West (südlich) in den Stadtteilen Sülldorf (Ost), Blankenese (Ost) und Nienstedten.

Geplanter Ausführungsbeginn: Juni 2014

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge und pe.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 15. April 2014 bis zum 7. Mai 2014 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,– Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040 / 78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 13. Mai 2014 um 9.00 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.003.

Hamburg, den 8. April 2014

Hamburger Wasserwerke GmbH 304

Gläubigeraufruf

Die Firma **R + J Bürogestaltung GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 36658) mit Sitz in Hamburg, ist durch Gesellschafterbeschluss vom 11. März 2014 aufgelöst worden. Zum einzelvertretungsberechtigten Liquidator wurde Herr Ralf Rudolf Rahe, Linsenkamp 17, 22175 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger der Gesellschaft werden gebeten, sich bei ihr zu melden.

Hamburg, den 13. März 2014

Der Liquidator 305

Gläubigeraufruf

Der Verein **Förderverein der Handballjugend des Niendorfer TSV e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 20400) ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei ihm zu melden.

Hamburg, den 17. März 2014

Der Liquidator 306

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).